

NEUES GELD, ALTES DENKEN

Die EU will mit viel Geld die Folgen der Pandemie heilen. Italien soll rund 200, Südtirol etwa 2,4 Milliarden Euro bekommen. Es wäre eine einmalige Chance. Doch die Landesregierung präsentiert alte Projekte und zeigt sich wenig transparent.

von Georg Mair



Schützen die Südtiroler Projekte für den Wiederaufplan der EU wirklich die Umwelt? Protest in Meran gegen den Recovery-Plan der Landesregierung.

Foto: Alexander Alber



Die Sondersitzung des Südtiroler Landtags am 12. März 2021 begann um 22.30 Uhr. Sie endete laut Protokoll noch vor Mitternacht, um 23.33 Uhr. Vorher hatten die Abgeordneten schon den ganzen Tag Dienst getan und über das Corona-Hilfspaket des Landes für die Wirtschaft debattiert.

Um 500 Millionen Euro ging es in der Debatte um das Corona-Hilfspaket für die Wirtschaft. Der Landtag segnete das Paket noch bei Tageslicht ab. Um 2,4 Milliarden Euro ging es bei der nächtlichen Sondersitzung, bei der die Abgeordneten schon ziemlich erschöpft waren. Landtagspräsident Josef Nogger (SVP) hatte trotz Protesten auf dem ungewöhnlichen Termin beharrt.

Die Opposition verlangte von der Landesregierung Aufklärung über die Projekte für den Recovery Fund, den Wiederaufbauplan der Europäischen Union. Die Landesregierung hat seit Juli 2020 Projekte gesammelt und 47 davon im November 2020 an die Regierung in Rom übermittelt. Es sind Projekte im Wert von 2,4 Milliarden Euro. Die Landtagsabgeordneten erfuhren davon erst im Februar 2021 – aus den Medien.

Was die Impfung gegen Covid für die einzelnen Menschen ist, die Hoffnung auf ein unbeschwertes Leben, ist der Recovery Fund für die Wirtschaft. Er könnte aber auch das Klima nachhaltig verändern – etwa durch die radikale Senkung der CO₂-Emissionen.

„Wir mussten die Landesregierung ordentlich nerven, bis sie uns Auskunft über den Recovery Fund gegeben hat“, sagt Hanspeter Staffler, „die ganze Operation ist an uns vorbei gelaufen. Ich halte das für eine Missachtung des Landtages.“ Der grüne Landtagsabgeordnete hat zusammen mit Paul Köllensperger, dem Sprecher des Team K im Landtag, die dunklen Ecken des Wiederaufbauplans ausgeleuchtet.

Warum, fragen sie sich, musste die Landesregierung erst genötigt werden, Auskunft über Gelder zu erteilen, die für die Südtiroler Wirtschaft lebensnotwendig sind? Staffler hat da eine Theorie: „Als die Pandemie begann, hat die Exekutive alles an sich gerissen. Aus diesem Modus hat die Landesregierung nicht mehr herausgefunden. Sie ist immer noch in der Chaosphase, die unweigerlich mit einer Krise verbunden ist. Aber die Chaosphase war spätestens im Mai 2020 vorbei.“

Das Wiederaufbauprogramm, das auch den Namen „Next-GenerationEU“ trägt, ist insgesamt 750 Milliarden Euro schwer – 390 Milliarden an Zuschüssen, 360 Milliarden an

zinsgünstigen Darlehen, für die sich die EU wiederum Geld am internationalen Finanzmarkt besorgen wird.

„Es geht“, sagt EU-Parlamentarier Herbert Dorfmann (SVP), „um Investitionen von langfristiger Wirksamkeit.“ Der größte Anteil davon geht an Italien, 209 Milliarden Euro. Österreich etwa bekommt nur 3 Milliarden.

So viel Geld auf einmal hat die EU noch nie in die Hand genommen, um die Folgen einer Krise zu bekämpfen. Der Recovery Fund ist auch eine Premiere: Die EU nimmt Schulden auf, für die sie gemeinsam haftet.

Nach der Wirtschaftskrise von 2008 tat sie genau das Gegenteil: Sie verlangte von den Mitgliedsstaaten, besonders von Griechenland, Spanien oder Italien, eiserne Sparprogramme. Darunter leiden die Länder bis heute, in Griechenland etwa verarmten weite Teile der Bevölkerung. Jetzt hat die EU ihre Defizitziele ausgesetzt. Mario Draghi, der neue italienische Ministerpräsidentin, darf Geld ausgeben. 2011 zwang die EU Mario Monti zu drastischen Einschnitten in den Staatshaushalt.

Der Recovery Fund ist ein milliarden-schweres Programm, um die Wirtschaft anzukurbeln, aber kein Programm, um die wirtschaftlichen Schäden auszugleichen, die Covid-19 und die vom Virus erzwungenen Lockdowns verursacht haben. Die EU will, dass gezielt in Digitalisierung, Umweltschutz und sozialen Ausgleich investiert wird. „Ausgleichszahlungen“, sagt Herbert Dorfmann, „sind Sache der einzelnen Mitgliedsländer.“ Auf das Wiederaufbauprogramm haben sich in groben Zügen die 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union schon im Juli 2020 verständigt.

Das italienische Parlament hat sich vergangene Woche noch einmal mit dem Wiederaufbauplan beschäftigt. Das 150 Seiten starke Papier, das im Nachgang der EU-Beschlüsse entstand, trägt den Namen „Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza“ (Resilienz, Widerstandsfähigkeit, ist jetzt das Zauberwort), kurz „PNRR“. Es stammt noch von der Regierung Conte und enthält viele schöne Absichtserklärungen.

Ministerpräsident Giuseppe Conte hatte mit der EU zäh verhandelt, das erkennen selbst seine politischen Gegner an, aber sein chaotisches Recovery-Management diente dem ehemaligen Premier Matteo Renzi als Vorwand, den Regierungschef zu stürzen.

Jetzt muss Mario Draghi, der neue Regierungschef, eilig ein neues Recovery-Programm schneiden lassen. Bevor er es an die EU übermittelt, muss er es noch einmal Kammer und Senat vorlegen. Es wird, so viel ist sicher, viele große Bauvorhaben enthalten, aber sonst ist der Recovery-Plan für Italien noch eine große Unbekannte.

Um den Plan vorzulegen, hat Draghi nur mehr drei Wochen Zeit: Der neue Ministerpräsident ist dafür bekannt, dass er die

Dinge gerne mit sich und ein paar Vertrauten ausmacht. Er hat sich der Beratungsagentur McKinsey anvertraut. Die Agentur, die sonst nach Sparpotenzial in öffentlichen Haushalten sucht, muss jetzt dem Staat helfen, öffentliches Geld schnell und effizient auszugeben.

Die wirtschaftlichen Eckdaten machen eine massive Unterstützung durch die EU nötig. In Italien ist das Bruttoinlandsprodukt (Bip) 2020 um rund zehn Prozent eingebrochen. Diese Lücke wird sich frühestens 2024 schließen, der Recovery Fund soll für ein jährliches Wachstum von 3 Prozent sorgen. Für Südtirol schätzt das Landesinstitut für Statistik das Bip für das Jahr 2020 auf 21,6 Milliarden Euro, 2,8 Milliarden weniger als 2019.

Der Recovery Fund ist eine große Chance, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, wenn das Virus einmal eingedämmt ist. Für Italien – und für Südtirol. „Wenn Italien diese Chance vertut“, sagt etwa SVP-Senator Dieter Steger, „ist das der Super-GAU für die Menschen im Land.“

Der Recovery Fund der Europäischen Union ist ein milliarden-schweres Wiederaufbauprogramm für die von der Pandemie gebeutelten Volkswirtschaften. Bei den 750 Milliarden Euro, von denen 209 an Italien gehen, handelt es sich nicht um Entschädigungen für die Wirtschaft, sondern um gezielte Investitionen in Digitalisierung, Umweltschutz und sozialen Ausgleich. Dafür muss Italien bis 30. April einen Plan vorlegen, den die EU-Kommission genehmigen muss. Erst dann können die ersten Gelder fließen. Auch für Südtirol, das dem Staat Recovery-Projekte für 2,4 Milliarden Euro vorgelegt hat. Noch weiß man nicht, wie viel aus dem italienischen Recovery-Topf nach Südtirol fließt und für welche Projekte. Zwischen Rom und Bozen herrscht diesbezüglich Funkstille.

Kann Südtirol die Chance nutzen, die der Recovery Fund bietet?

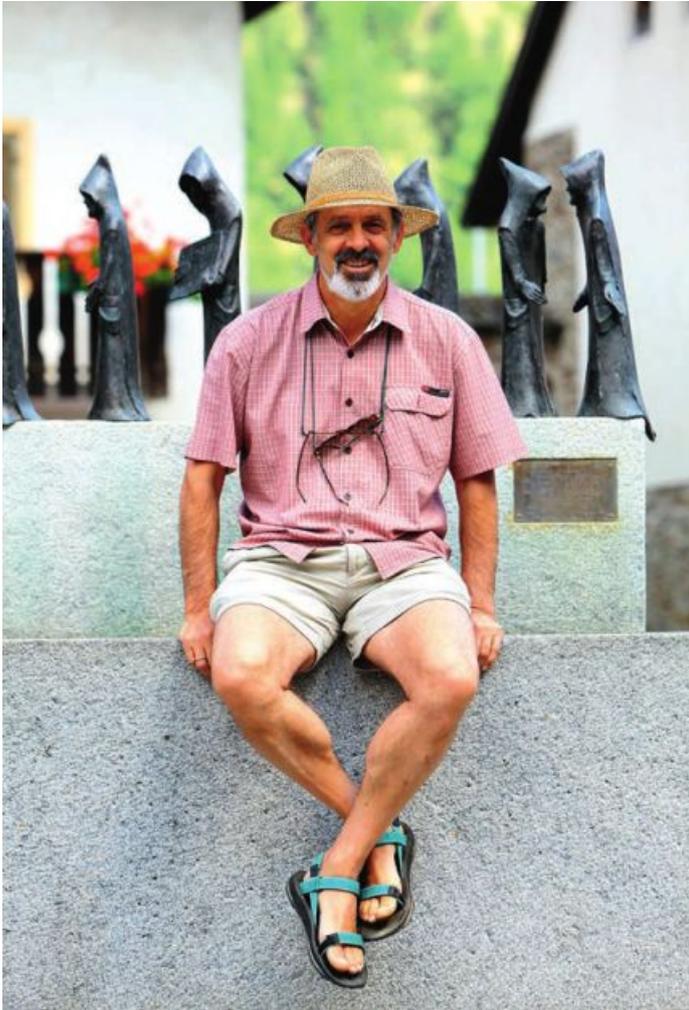
Die 47 Projekte, die die Landesregierung an die Regierung in Rom übermittelt hat, lassen Zweifel aufkommen. Am Inhalt. Und an der Form, in der die Liste zustande kam. „Es geht um viel Geld“, sagt Paul Köllensperger (Team K), „und dennoch liegt vieles im Unklaren.“

Die Projekte des Landes orientieren sich an den Kernbereichen, die die EU definiert hat („Missionen“, nach dem englischen „mission“, nennt sie die Landesregierung). 37 Prozent der Mittel, so schreibt es die EU vor, müssen für Klimaziele, 20 für den digitalen Wandel gebunden werden. Die Gelder fließen schnell. Nach der Einreichung der Projekte am

30. April hat die EU-Kommission zwei Monate Zeit für eine Antwort. Hat sie den Plan genehmigt, schießt sie 13 Prozent der Summe vor. Die Projekte müssen mit Ende 2023 auf Schiene sein. 70 Prozent der Summe werden in den Jahren 2022 und 2023 ausbezahlt, der Rest innerhalb 2025. Der Zeitraum, ein Darlehen aus dem Fund zurückzuzahlen, erstreckt sich bis 2058.

Im Papier der Landesregierung geht es – analog zu den „Missions“ der EU – um folgende Bereiche: grüne Revolution und ökologischer Wandel (1 Milliarde Euro); Digitalisierung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit (550 Millionen Euro); Gesundheit (364 Millionen Euro); soziale und territoriale Gerechtigkeit, Gleichstellung der Geschlechter (270 Millionen Euro); Mobilität (125 Millionen Euro); Ausbildung, Bildung, Forschung und Kultur (83 Millionen Euro).

So kommt eine Summe zustande, die vermutlich eine Illusion ist: 2,4 Milliarden Euro. Wirklich in Südtirol landen werden vielleicht 300 Millionen Euro. Diese Summe hält Landeshaupmann Arno Kompatscher im Gespräch mit *ff* für realistisch. Er sagt, man habe alle Bereiche abdecken und so viele



Der Klimaforscher Georg Kaser hat sich eingehend mit den Südtiroler Projekten für den Recovery-Fund auseinandergesetzt: „Keine Vision, kein Plan, keine Strategie.“



Landeshauptmann Arno Kompatscher hält die Kritik für nicht gerechtfertigt: „Man lässt die vielen grünen und nachhaltigen Projekte bewusst außer acht.“

Fotos: Alexander Alber

Projekte wie möglich nach Rom schicken wollen. Dort habe man befunden, dass alle 47 Projekte formal korrekt seien.

„Es ist ein Konzept“, sagt Stefan Perini, Direktor des Arbeitsförderungsinstitutes Afi, „das wenig durchdacht scheint. Wenn es ein Rohkonzept ist, an dem man weiterarbeiten kann, geht es in Ordnung. Wenn das das Nachhaltigkeitskonzept Südtirols ist, ist es fahrlässig.“

Der Recovery Fund hat viele Begehrlichkeiten geweckt, vor allem wenn man wie die Landesregierung den Eindruck erweckt, es handle sich um Milliarden und nicht um Millionen Euro. In der Wundertüte des Landes (siehe Artikel auf Seite 19) befindet sich unter anderem Geld für: Ausbau des Ultrabreitbandes (350 Millionen Euro); Ausbau des Eisenbahnnetzes (124 Millionen Euro); Schaffung einer digitalen Lebensmittelkette in den Bergen – was immer das auch sein mag (67 Millionen Euro); Ausbau der Wasserstofftechnologie – hier glaubt die Landesregierung besonders gute Karten zu haben (65 Millionen Euro); Reorganisation des Straßennetzes im Gewerbegebiet Bozen (31 Millionen Euro); Speicherbecken für die künstliche Beschneigung (21 Millionen Euro); Bau von Straßen zu Bauernhöfen (18 Millionen Euro) ...

Bildung und Kultur: fast nichts; Gleichstellung der Geschlechter: nichts; Jugend: nichts; Biodiversität: nichts.

Die Liste wirkt zum Teil, als hätten sie Seilbahnbauer, Baukönige oder Gemeinden, die ein Projekt nicht finanziert bekommen, in die Blöcke der Landesverwaltung diktiert.

„Wenn man Sachen im Hinterzimmer ausheckt“, sagt Paul Köllensperger, „steckt meistens etwas dahinter. Kommt das viele Geld von der EU zur Landtagswahl 2023, kann man die Leute damit beglücken und es als Erfolg der SVP verkaufen.“

Am 10. März haben die drei großen Umweltverbände AVS, Dachverband für Natur- und Umweltschutz sowie Heimatpflegerverband der Landesregierung und dem Landtag einen Brief geschrieben. Die Kernsätze darin lauten: „Es hat im ganzen Erstellungsprozess weder eine Form der Information noch der Partizipation gegeben.“ Und: „Innovative Vorschläge, der Klimakrise zu begegnen, fehlen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind vielfach ein Sammelsurium altbekannter Projekte, für die kein Geld im Landshaushalt verfügbar war.“ Manche Projekte, so die Kritik, trügen sogar zur Verschlechterung der Klimabilanz



Foto: Alexander Aber

Viel Geld aus dem Recovery Fund soll in Beton fließen: So etwa 364 Millionen Euro in die „Umstrukturierung und Erweiterung des Krankenhaussystems.“

bei, würden den CO₂-Ausstoß erhöhen, anstatt ihn zu verringern – etwa die vielen Bauvorhaben.

„Es hat bei der Ausarbeitung des Plans keine Transparenz gegeben“, sagt Claudia Plaickner, die Obfrau des Heimatpflegeverbandes, „und die Gelder werden nicht immer im Sinne des Erfinders verwendet, für grüne Transformation und Nachhaltigkeit, gerechte Entwicklung und Resilienz.“

Klauspeter Dissinger, der Vorsitzende des Dachverbandes für Natur- und Umweltschutz, wettet: „Wie will der Landeshauptmann so die Klimaziele erreichen?“ Der Gewerkschafter Alfred Ebner (AGB/CGIL) sagt: „Ich hoffe, wir werden angehört, wenn es konkret wird. Wir wollen mitreden.“

Am Mittwoch, 7. April (*nach Redaktionsschluss dieses Magazins*), empfing Kompatscher die Kritiker des Südtiroler Recovery Fund. Die Umweltverbände, die Gewerkschaften, den Zukunftspakt Südtirol oder den Klimaclub Ulten. Wir haben, wird Kompatscher bei der Gelegenheit gesagt haben, um so viel Geld angesucht, weil wir sicherheitshalber alle Schienen bedienen wollten – wissend, dass die Endsumme viel geringer sein wird. Er wird ein wenig verschnuipft auf die Kritik reagiert haben: Ihr zieht nur die Projekte heraus, die euch in den Kram passen und lässt die grünen und nachhaltigen Projekte bewusst außer acht. Er wird die Landesbeamten verteidigt haben: Ihr tut so, als seien das alles Betonköpfe. Wir waren in Eile, wird er

der Runde erklärt haben, deshalb war es weder möglich, groß zu informieren, noch einen Beteiligungsprozess zu starten – und im Übrigen habt ihr ja immer mitgeredet, wenn es um Umweltanliegen ging, wie lange haben wir doch zum Beispiel über den Gewässerschutz diskutiert.

Am Ende der virtuellen Zusammenkunft wird Kompatscher dann vielleicht gesagt haben: „Wir brauchen konkrete Projekte und keine Visionen, wenn die Projekte bis Ende 2023 fertig sein sollen.“

Zeit zu reden, Meinungen einzuholen, hätte es freilich genug gegeben. Denn mit den ersten Erhebungen zu den Projekten beginnt die Landesregierung schon am 11. Juli 2020. Am 30. Juli ersucht der Generaldirektor des Landes, Alexander Steiner, die diversen Ressorts der Landesverwaltung, für den Recovery Fund taugliche Projekte zu melden – das Land will in Rom vorpreschen.

Am 28. August 2020 folgt eine zweite Aufforderung, die 365 letztendlich gemeldeten Projekte werden in einer ersten Auswahl auf 147 reduziert. Es folgt Anfang September eine weitere Überprüfung, 45 Projekte bleiben übrig. Zwei Verkehrsprojekte kommen noch Anfang November dazu, als die Liste schon in Rom liegt.

Generaldirektor Steiner hat die Liste am 9. Oktober 2020 an die zuständigen Stellen in der Regierung weitergeleitet. Es gab

Verbaute Zukunft

Viele der 47 Südtiroler Projekte für den Recovery Fund sind weder grün noch nachhaltig. Sie gleichen eher einem Förderprogramm für die Bauwirtschaft.

Die Gärten von Schloss Trauttmansdorff sind eines der touristischen Aushängeschilder Südtirols. Auf zwölf Hektar können jede Menge Pflanzen und Tiere bestaunt werden. Rund 400.000 Menschen besuchen sie jedes Jahr, das war zumindest vor Corona der Fall.

Aber: Die Gärten sind 2001 eröffnet worden und mittlerweile in die Jahre gekommen. Es braucht neue Gewächshäuser, Verwaltungs- und Unterrichtsräume; die Hackschnitzanlage müsste ausgetauscht, das Bewässerungssystem saniert werden; Glasfaser wären auch nicht schlecht – und ein mehrstöckiges Parkhaus steht schon lange auf der Wunschliste der Landesgärten. Allein: Das Geld dafür war bisher nicht aufzutreiben.

Nun hat das Land eine Geldquelle dafür entdeckt: Sie heißt Recovery Fund und ist ein von der EU aufgelegter Wiederaufbaufonds, um die Folgen der Pandemie abzumildern. Insgesamt will Europa 750 Milliarden Euro ausschütten, davon 209 an Italien.

Südtirol hofft auf 2,4 Milliarden Euro. Das Land möchte den riesigen Batzen Geld auf sechs Bereiche verteilen, die sich wiederum in 47 Projekte gliedern. Eines davon (2.4.1) sind die Gärten von Schloss Trauttmansdorff. In die Sanierung der Struktur, heißt es in der Projektbeschreibung, sollen 20 Millionen Euro fließen.

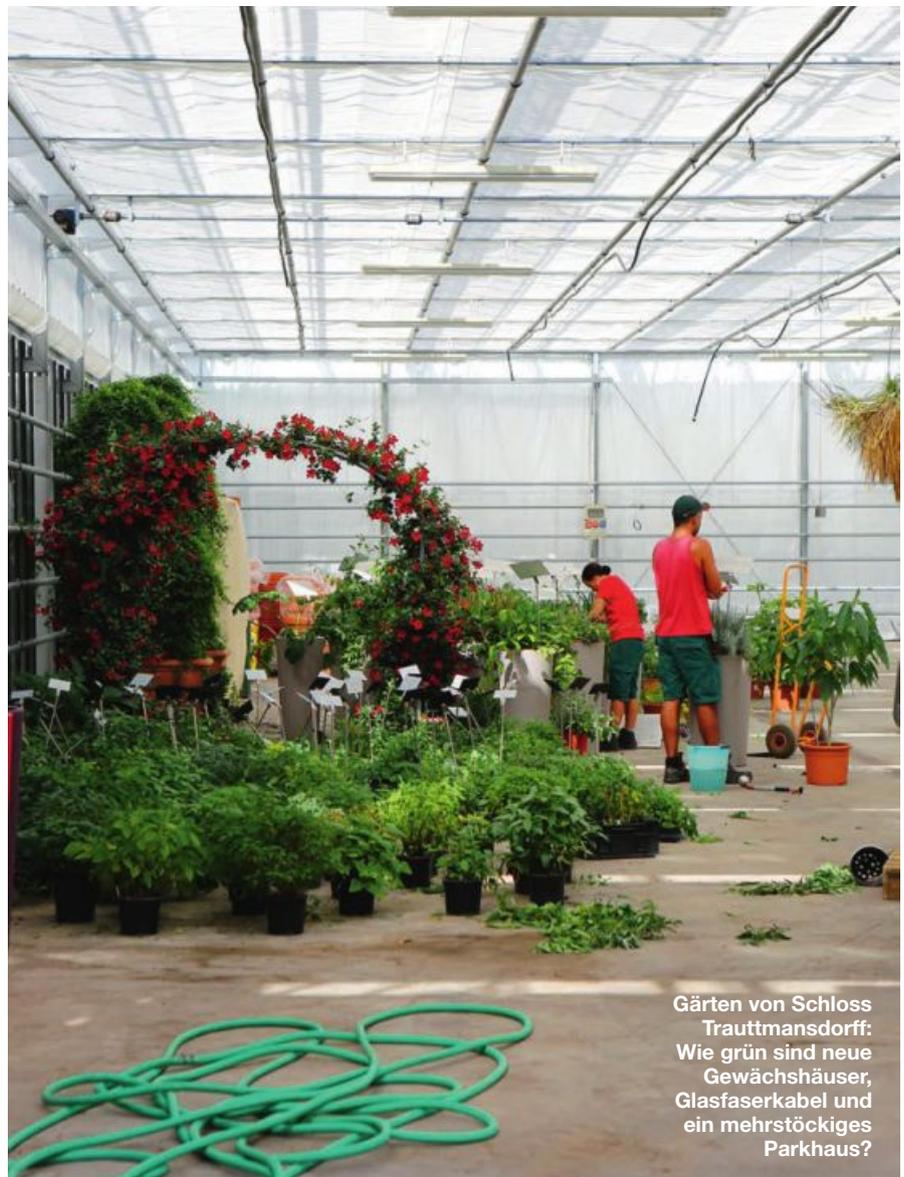
Das Projekt für die Meraner Gärten findet sich im Bereich „Grüne Revolution und ökologischer Wandel“. Nun sind Gärten zwar per se grün, aber nicht zwangsläufig ökologisch. Gerade jene von Schloss Trauttmansdorff haben eine klare touristische Ausrichtung. Die meisten Gäste kommen mit Auto oder Bus, um das Grün genießen zu können. Das ist weder nachhaltig noch besonders

klimaschonend. Und leider keine Ausnahme. Im Gegenteil.

Das Wiederaufbaupaket des Landes gleicht in weiten Teilen eher einem Förderprogramm für die Bauwirtschaft. Nicht weniger als 29 Projekte widmen sich direkt oder indirekt dem Thema Bau: Bau von Seilbahnen, Bau von

Speicherbecken, Bau von Straßen, Bau von Schienen, Bau von Häusern.

Die Liste der Projekte ähnele „einem Wunschzettel bestimmter Interessengruppen“. So lautet die Kritik von Dachverband für Natur- und Umweltschutz, Heimatpflegern und Alpenverein. Sie haben den Eindruck,



Gärten von Schloss Trauttmansdorff: Wie grün sind neue Gewächshäuser, Glasfaserkabel und ein mehrstöckiges Parkhaus?

Foto: Alexander Alber

dass auf dem Wunschzettel Vorhaben stehen, für die bisher das Geld gefehlt hat. Ob das eine zukunftsweisende Politik ist? Das darf bezweifelt werden.

Auch die drei Verbände zweifeln daran. Sie sprechen von einer „einmaligen Chance“, die nicht verpasst werden sollte. Und fordern das Land dazu auf, das Paket grundlegend zu überarbeiten. Denn nur wenn die Projekte zukunftsfähig seien, würden die nachfolgenden Generationen davon profitieren.

Was enthält der Wunschzettel des Landes nun konkret? Bereich 1 widmet sich Digitalisierung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. In sieben Projekte sollen 550 Millionen Euro fließen. Alles soll digital werden, Schule, Landesverwaltung, öffentlicher Verkehr – und wir selbst: für 350 Millionen ist das „Ultrabreitband für alle“ vorgesehen.

Einschätzung des Autors: Das kann Südtirol tatsächlich nach vorne bringen, auch wenn der Begriff „Digitalisierung“ schwammig ist.

Bereich 2 ist mit dreißig Projekten und einem Volumen von rund 1 Milliarde Euro der größte. Er nennt sich hochtrabend „Grüne Revolution und ökologischer Wandel“. Dickster Brocken ist die Modernisierung und der Ausbau des Eisenbahnnetzes (124 Millionen Euro), gefolgt von elektrischen städtischen Verkehrsmitteln (99), Klimaschutzmaßnahmen im Bereich Energie (70) und dem Wasserstoffplan (65).

Auf dem Wunschzettel stehen weiters: Speicherbecken für die Beschneidung von Skigebieten; der Bau von Bewässerungsanlagen; die „Reorganisation des Straßennetzes im Gewerbegebiet Bozen Süd“; die Errichtung des öffentlichen Schlachthofs in Bozen; oder der Bau eines neuen Gebäudes für die Agentur für Umwelt und Klimaschutz.

Einschätzung des Autors: Mit grüner Revolution und ökologischem Wandel hat nur ein Teil der Projekte zu tun. Einige bewirken geradezu das Gegenteil davon. Auffällig sind die vielen Bauten,

die im Namen der Nachhaltigkeit errichtet werden sollen. Dabei ist Bauen so gar nicht nachhaltig, Fachleute machen den Bausektor weltweit für ein Drittel der Treibhausgase verantwortlich.

Bereich 3 nennt sich „Infrastruktur für die Mobilität“. Er ist 125 Millionen Euro schwer und umfasst zwei Projekte. Beide sehen den Bau von Seilbahnen vor.

Einschätzung des Autors: Während Seilbahnen für den öffentlichen Verkehr durchaus sinnvoll sein können, widerspricht der Bau von Verbindungsanlagen von Skigebieten dem behren Ansinnen Südtirols, ein Klimaland werden zu wollen.

Ausbildung, Bildung, Forschung und Kultur dürfen auf dem Wunschzettel des Landes nicht fehlen, obwohl Bereich 4 nur ein Projekt vorsieht, in das 83 Millionen Euro fließen sollen. Geplant ist eine neue Fakultät für Ingenieurwissenschaften an der Uni Bozen. Es geht um künstliche Intelligenz, Big Data, Robotik und Automatisierung.

Einschätzung des Autors: Wer sich hier erwartet, dass in Lehrende, Studierende und ihr Know-how investiert wird, sieht sich widerlegt. Es geht ums Bauen: In den Papieren des Landes steht, die Baukonzessionen für die neue Fakultät lägen bereits vor, jetzt müsse ausgeschrieben und ans Werk gegangen werden. Innerhalb 2023 sollen die Gebäude stehen. Das erhöht in der Folge die Kosten für die Freie Universität Bozen.

In Bereich 5 geht es um soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung der Geschlechter: sechs Projekte, 270 Millionen Euro. Sozialwohnungen, Wohnheime und Privatschulen sollen energetisch saniert und ein Haus der Weiterbildung errichtet werden. Gebaut wird auch für berufliche Bildung. Eine magere Million Euro fließt in „Gesundheitserziehung und lebenslanges Lernen“. Dafür soll eine „ganzheitliche Marke“ geschaffen werden – dafür sind immerhin 77 Millionen Euro vorgesehen.

Einschätzung des Autors: Das Land möchte soziale Gerechtigkeit offenbar mit dem Bau und der Sanierung von Gebäuden erreichen. Ein schwieriges Unterfangen. Was das Ganze mit einer „Gleichstellung der Geschlechter“ zu tun haben soll, erschließt sich einem nicht.

Südtirols Spitäler sollen laut Bereich 6 modernisiert werden. Das Projekt ist 364 Millionen Euro schwer und enthält vor allen Dingen bauliche Maßnahmen an den Krankenhäusern.

Einschätzung des Autors: Dass das Gesundheitssystem gestärkt werden muss, zeigt die Pandemie eindrucksvoll. Investitionen in Köpfe wären aber vermutlich wirkungsvoller als Investitionen in Mauern und Gerätschaften. ■

Karl Hinterwaldner



Foto: Alexander Alber

Wasserspeicherbecken im alpinen Raum: Gelingt mit ihnen tatsächlich der ökologische Wandel?

nicht einmal einen Beschluss der Landesregierung, durch den die Sache öffentlich geworden wäre. „Wir wissen bis heute nicht genau“, sagt Paul Köllensperger, „wie und von wem die Projekte ausgesucht wurden.“

Zukunftspakt Südtirol: So heißt eine lose Vereinigung von etwa 1.500 Menschen, die das Land nachhaltig verändern wollen. Mitglieder sind etwa Kris Krois, Professor für Design an der Freien Universität Bozen, und Georg Kaser, Professor an der Universität Innsbruck, ein weltbekannter Experte für Klimaveränderungen. „Es wäre“, sagt Krois, „bei aller Eile dennoch Zeit gewesen für Anhörungen, Debatten und ein Gespräch mit Umweltverbänden, auf EU-Ebene war ja schon länger klar, dass der Fund kommen wird.“

Doch den Wissenschaftlern geht es um mehr, um Grundsätzliches. „Der Klimawandel“, sagt Krois, „erfordert eine tiefgreifende und langfristige Veränderung. Der Recovery Fund ist im Großen und Ganzen ein Weiter-so“.

Was wäre ein tiefgreifender Wandel?

– *Beteiligung, die auch verbindlich ist. Das parteigetriebene politische System scheint nicht zu funktionieren. Das sieht man auch beim Recovery Fund. Im Fund selber ist kein Posten vorgesehen, der eine solche Beteiligung fördern würde, gut moderiert, langfristig, finanziert.* –

Zentral, sagt Georg Kaser, sei der Klimawandel: „Wenn ich dieses Problem nicht löse, brauche ich mir über die anderen Probleme keine Gedanken mehr zu machen, dann fährt das System an die Wand.“

Aber der Recovery Fund ist ja sehr grün?

– *Ja, und er enthält auch ein paar gescheite Sachen. Aber er wird uns das eigentliche Problem nicht lösen helfen. Es ist, als wollte man eine entzündete Zahnwurzel durch Zahnhygiene heilen. Um den Klimawandel aufzuhalten, braucht es eine radikale Änderung des Wirtschaftssystems, etwa eine weltweite Umstellung der Energieversorgung. Das, was uns durch den Klimawandel bevorsteht, kann nur verhindert werden, wenn die Bevölkerung mitgeht, eine Regierung allein kann das nicht schaffen.* –

„Es braucht“, sagt Kris Krois, „das Wissen von vielen, um Krisen zu bewältigen. Ich hoffe, dass man das aus dieser Krise gelernt hat.“

Georg Kaser hat zusammen mit Thomas Egger vom Klimacub Ulten errechnet, ob und wie die Projekte die Emissionen verringern. Die meisten davon liegen im Graubereich. Das heißt, sie sind nicht relevant für den Klimaschutz, oder aufgrund fehlender Informationen lassen sich ihre Auswirkungen nicht ermitteln. „Ein so unkoordinierter Fleckerlteppich“, sagt Kaser, „darf uns nicht noch einmal passieren.“

Landeshauptmann Arno Kompatscher wartet seit Monaten auf Nachrichten aus Rom über den Anteil Südtirols am Recovery Fund – wie alle anderen Regionen auch. Mario Draghi

schweigt. Keine Region weiß bisher, wie viel sie vom rund 200 Milliarden Euro fetten Kuchen abbekommen wird.

Bei Großprojekten geht ohne die Regionen nichts. Das hat Kompatscher in Rom schon einmal ausrichten lassen: „Sie sind für Baugenehmigungen und Umweltgutachten zuständig.“ Der Landeshauptmann steckt ohnehin in schwierigen Verhandlungen mit der Regierung in Rom. Er hat 500 Millionen Euro in den Haushalt für 2021 eingebucht, von denen er meint, dass der Staat sie Südtirol schuldet – Abgaben und Steuern auf Benzin und Glücksspiel. Und er möchte von Draghi erreichen, dass der Staat dem Land für drei Jahre die 500 Millionen stundet, die Südtirol dem Staat jährlich überweist – als Anteil an der Tilgung der Staatsschulden. Das Geld würde über 15 Jahre gestreckt an die Staatskasse zurückgezahlt. Doch beide Anliegen sind noch eine Wackelpartie – mit der Regierung Conte war die Sache weitgehend ausverhandelt.

„In Rom“, sagt SVP-Senatorin Julia Unterberger, „sind wir seit dem Regierungswechsel nur mehr Bittsteller.“ Für die Regierung mit der großen Mehrheit von links bis rechts spielen die SVP-Stimmen keine Rolle mehr. „Man hat keine Ahnung“, sagt Unterberger, „welche Projekte der Regionen angenommen werden und welche nicht.“

Italien, sagt Unterberger, müsse jetzt ein paar Dinge klar regeln, etwa die Reform der Zivilprozessordnung. In Italien dauern Zivilprozesse nicht selten zehn Jahre, das schreckt ausländische Investoren ab. Senator Steger nennt als große Hindernisse für den Recovery Fund die Trägheit der öffentlichen Verwaltung, die komplexe Vergabe von Aufträgen und das Steuerrecht, das es zum Beispiel schwierig mache, Steuerguthaben einzukassieren.

„Die Prozeduren müssen radikal vereinfacht werden, fordert er.“ Steger meint damit eine schnellere Auftragsvergabe und weniger Kontrollen im Vorfeld. Sonst, sagt er, ließe sich kein

Projekt bis 2023 auf die Beine stellen und bis 2026 abrechnen. **Afi-Direktor Perini warnt:** „Vereinfacht man die Verfahren zu sehr, nistet sich schnell Korruption ein, gerade beim Recovery Fund muss die Abwicklung makellos sein.“

Die Wirtschaft, ist Perini überzeugt, werde sich schnell erholen, wenn alles wieder öffnet. Öffnungen seien die eigentliche Konjunkturspritze, denn es gebe bei den Leuten großen Nachholbedarf: „Die Herausforderungen sind jedoch nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch sozialer Natur.“

Es gehe um gerechte Verteilung des Wohlstands, um die Bruchlinien, die Corona aufgerissen habe – zwischen Armen und Reichen, geschützten und weniger geschützten Berufsgruppen, Frauen und Männern. „Die Wirtschaft“, sagt Perini, „steht auf der gleichen Stufe wie Soziales und Umwelt.“ Nur ein Einklang dieser drei Bereiche sei im Sinne des Recovery Fund: „Doch bisher hat es nie einen Nachdenkprozess darüber gegeben, wohin wir eigentlich wollen.“ ■



Foto: Alexander Alber

„Wir haben keine Ahnung, welche Recovery-Projekte der Regionen angenommen werden. Mario Draghi entscheidet viel allein.“

Julia Unterberger,
SVP-Senatorin